

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis für
beide Ausgaben 80 Pf. pro Woche, 3,00 M. pro Monat
(Posten 65 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus
zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren
und 72 Pf. Postbescheinigungen.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Normalzeile 40 Pf.,
Reklamezeile 50 Pf. Ermäßigungen nach Tarif. Postfachkonto:
Vorwärts-Berlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag
behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor.
Redaktion und Expedition: Berlin E 33 09, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhof (A 7) 292—297.

Brünnings Echo

Anzufriedenheit auf allen Seiten — Die Kampfansage gegen Hitler

Die neue Notverordnung und die Rede des Reichskanzlers geben mehr Stoff zur Kritik, als die Presse mit einem Male verantworten kann. Zufrieden ist natürlich keiner. Die demokratische Presse stellt das Politische in den Vordergrund und begrüßt es lebhaft, daß Brüning endlich den Kampf gegen Hitler aufgenommen hat. So schreibt die „Bosnische Zeitung“:

Die Regierung hat die Macht, und wird von ihr Gebrauch zu machen wissen, wenn von den Predigern des Dritten Reiches dazu herausgefordert werden sollte. Auf lange Zeit hinaus hat auch das Ausland mit Brüning und nicht mit Hitler zu rechnen.

Und das „Berliner Tageblatt“:

Man wird wohl mit Recht annehmen dürfen, daß diesen klaren Worten sehr bald die entsprechenden Handlungen folgen werden, auf dem einen wie auf dem anderen Gebiet. Denn es gibt keinen Zweifel: auf dem Gebiete der Stellung der Reichsinstanzen zum Nationalsozialismus bedeutet die geistige Kanzlerrede einen entscheidenden Wendepunkt.

Auf der anderen Seite schreibt die den Hakenkreuzlern nahestehende „Deutsche Zeitung“:

Brüning hat dem Druck der sogenannten „eisernen Front der Republikaner“ auf der ganzen Linie nachgegeben und mit bewußter und betonter Schärfe der nationalen Mehrheit des deutschen Volkes den Kampf angelegt!

Alles, was die gesamte Linkspresse vom „Vorwärts“ bis zu den demokratischen Boulevard-Blättern seit Tagen in überheblicher Weise als unerlässlichen Bestandteil der Rundfunkrede des Zentrumskanzlers bezeichnete, hat Brüning tatsächlich gesagt. Er hat — auch im Tonfall mit einer Schärfe, zu der ihn seine Erfolge kaum berechtigen — Maßnahmen „unerbittlicher Strenge“ gegen die nationale Opposition angekündigt und dabei sogar die Verhängung des Ausnahmezustandes in Aussicht gestellt.

Gemäßigter äußert sich die eigentliche Hugenberg-Presse. Der „Tag“ schreibt:

Der Reichskanzler hat in seiner Rundfunkrede sich scharf gegen die Nationalsozialisten gewandt und in gewissem Umfang die Bedingungen erfüllt, die von der Sozialdemokratie vorher gestellt waren. Er hat die Stimmung für die Verhandlungen mit den Reichstagsparteien so vorzubereiten versucht, daß er mit der Sozialdemokratie ein Kompromiß abschließen kann, und daß die Parteien der Mitte zum mindesten Stimmhaltung üben. Die Tendenz des Kabinetts geht trotz der sozialpolitischen, zum Teil gerade wegen der innerpolitischen Bestimmungen und auf Grund der Rundfunkrede des Reichskanzlers wieder nach links.

Mehr mit der wirtschaftlichen Seite der Bekordnung beschäftigt sich die „Germania“:

Die Lasten, die dabei der Arbeitnehmerschaft der öffentlichen und privaten Betriebe erneut zugemutet werden, sind außerordentlich und nur zu tragen, wenn, wie die Regierung es ebenfalls vorzieht, die Senkung der Lebenshaltungskosten in fühlbarem Ausmaß verwirklicht wird. Die Sicherungen, die die Notverordnung zu diesem Zwecke vorsieht, sind unergleichlich größer als in früheren Fällen. Wenn dabei auf allen Gebieten die Unvergleichlichkeit der Beträge und des Rechtes nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, so dürfte dies wohl eine der schwersten Folgen dieses Gesetzgebungswertes sein, die man einzig und allein unter Berücksichtigung der äußersten Not wird verstehen können. Eine auch nur teilweise Wiederholung der drakonischen und schmerzhaften Eingriffe, die uns die neueste Notverordnung bringt, ist schlechterdings unmöglich.

Eine originelle Entdeckung hat die „Rote Fahne“ gemacht. Sie hat auf Plakaten, die sie der Sozialdemokratie zuschreibt — eigentlich waren sie vom Reichsbanner — die Worte gelesen: „Staat, pack zu!“ und davon kommt nun eben das ganze Malheur! „Die Sozialdemokratie“, schreibt sie, „hat Brüning zugerufen: „Zupacken!“ und Brüning packt zu — gegen den Arbeitslohn und die Gehälter der unteren Beamten.“ Und nun feste druff!

Die Sozialdemokratische Partei muß politisch geschlagen werden. Die Agenten der kapitalistischen Diktatur müssen aus den Reihen der Arbeiterklasse entfernt werden. Die Stütze des Faschismus, die SPD, muß im Lebensinteresse der Arbeiter zerbrochen werden. Gegen die sozialdemokratische Preußenregierung muß der Kampf auf der ganzen Linie verschärft werden.

Kann man in den Köpfen von Menschen, die das Schreiben oder es gläubig lesen, überhaupt noch etwas wie ein Hirn vermuten?

Nikolaus 1932



„So ein kleiner Stiefel und so eine große Überraschung —“

Der Weihnachtsfriede.

Alle Versammlungen und Flugblätter von heute ab verboten.

Die Vorschriften der Notverordnung über die „Sicherung des Weihnachtsfriedens“ haben folgenden Wortlaut:

§ 1. Für die Zeit bis zum 3. Januar 1932 einschließlich sind öffentliche politische Versammlungen sowie alle politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten. Als politisch im Sinne dieser Vorschrift gelten alle Versammlungen und Aufzüge, die zu politischen Zwecken oder von politischen Verbindungen oder Vereinigungen veranstaltet werden.

Für die gleiche Zeit ist es verboten, Plakate, Flugblätter und Flugschriften politischen Inhalts an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen anzuschlagen, auszustellen, zu verbreiten oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

§ 2. Wer dem Verbote des § 1 zuwider eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet, leitet oder dabei als Redner auftritt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, bestraft. Wer dem Verbote des § 1 zuwider an einer Versammlung teilnimmt oder den Raum dafür zur Verfügung stellt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft, das gleiche gilt für die Teilnahme an einem nach § 1 verbotenen Aufzug.

Wer dem Verbote des § 1 zuwider Plakate, Flugblätter oder Flugschriften an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen anschlägt, ausstellt, verbreitet oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich macht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß die Verbote bereits heute in Kraft treten und daß danach auch alle angemeldeten und genehmigten öffentlichen politischen Versammlungen heute schon nicht mehr stattfinden dürfen.

Der Ehrenschutz.

Die Vorschriften zur Verstärkung des Ehrenschutzes wollen der zunehmenden Vergiftung des öffentlichen Lebens durch Verunglimpfungen anderer und insbesondere der im politischen Kampf in erschreckendem Maße um sich greifenden Unsitte entgegenwirken, den politischen Gegner nicht sachlich zu bekämpfen, sondern durch verleumderische oder leichtfertige Ehrabschneidungen niederzuringen. Zur Verstärkung des Ehrenschutzes der

im öffentlichen Leben stehenden Personen, einzelner, welcher politischen Partei sie angehören, werden die Strafrahmen der allgemeinen Beleidigungsparagraphen des Strafgesetzbuches verschärft, indem bei leichtfertiger Behauptung solcher nicht erweisbarer Tatsachen, die geeignet sind, diese Personen des Vertrauens unwürdig erscheinen zu lassen, dessen sie für ihr öffentliches Wirken bedürfen, das Mindeststrafmaß auf drei Monate Gefängnis und bei verleumderischer Beleidigung auf sechs Monate festgesetzt wird. In diesen Fällen soll ferner das Gericht neben der Strafe und neben der bei materiellem Schaden schon heute zulässigen, dem Verletzten zustehenden Buße auf eine weitere an die Staatskasse zu entrichtende Buße bis zu 100 000 M. erkennen können. Um weiter den in der Öffentlichkeit immer wieder erhobenen Klagen darüber, daß die Beleidigungsprozesse zu lange dauerten und durch uferlose Beweishebungen auch über sogenannte Illustrationsstücken häufig sich für den Verletzten, der den gerichtlichen Ehrenschutz in Anspruch nehmen, zu einem wahren Martirium gestalten, abzuwehren, ist für alle Strafverfahren wegen Beleidigung der Umfang der Beweisaufnahme in das Ermessen des Gerichts gestellt, das hierbei nicht durch Anträge, Verzichte oder frühere Beschlüsse gebunden sein soll und für alle im Wege der öffentlichen Klagen durchgeführten Beleidigungsprozesse das sogenannte Schnellgerichtsverfahren unbeschränkt zugelassen.

Treu der Partei!

Bezirksstagswahlen in Bayern.

Nürnberg, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Bezirksamt Leuschnitz im Elendgebiet des Frankenwaldes wurde durch die Staatsvereinfachung dem Bezirksamt Kronach angeschlossen. Dadurch machte sich eine Ergänzungswahl für den Bezirksstags im Bereiche des früheren Bezirksamtes Leuschnitz notwendig, die am Sonntag durchgeführt wurde. In den Orten Ludwigsstadt, Tetlau, Preßlig, Reichensbach, Tschlen, Lauenstein, Rothensirchen wurden zusammen folgende Stimmen abgegeben:

	6. Dez. 1931	14. Sept. 1930
SPD	1548	(1674)
KPD	447	(460)
Nazis	1051	(1146)
Bayerische Volkspartei	446	(667)

Seit der Reichstagswahl vom 14. September 1930 ist hier also keine Verschiebung eingetreten. Dort oben im Frankenwald leben die Armen der Armen. Seit Monaten und Jahren arbeitslos, wissen die Leute vor Not und Elend nicht ein noch aus. Hilfe wurde ihnen so gut wie keine vom Staate zuteil. Von den Kommunisten und Völkischen umworben, hatten sie jetzt wieder Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben. Trotz aller Verhetzung der Radikalen von rechts und links, trotz aller Beschimpfung gegen die SPD, haben die Männer und Frauen vom Frankenwald ihr Urteil gegen Sowjet und Hakenkreuz gesprochen. Sie sind der Partei treu. Hut ab vor diesen Proletariern.

Chepaar und Kind durch Gas vergiftet.

Eine Familientragödie am Halleischen Tor.

Im Hause Belle-Alliance-Straße 70 wurde heute mittag eine furchtbare Familientragödie entdeckt. In ihrer Wohnung wurden dort der 51jährige Kaufmann Friedrich Pohl, seine 33 Jahre alte Frau Lina und ihr dreijähriges Söhnchen durch Gas vergiftet aufgefunden. Die Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr waren ohne Erfolg. Nahrungsvorrichtungen scheinen das Motiv zu der Verzeihungstat zu sein.

Selbstmord eines Bankdirektors.

Mainz, 9. Dezember.

Der 64jährige Direktor der Dresdner Bank, Filiale Mainz, Albert Benken, hat sich durch Gas vergiftet. Die Ursache des Selbstmordes ist noch nicht bekannt.

Stöße vom Schlag getroffen. Wie der „Völkische Beobachter“ aus Raumburg a. d. Saale meldet, hat der Reichstagsabgeordnete Stähr während einer Versammlung einen leichten Schlaganfall erlitten. Es trat vorübergehende Sprachstörung und rechtsseitige Armlähmung ein. Lebensgefahr besteht nicht.

Zum Tode verurteilt.

Der Chauffeur-Mörder von Potsdam.

Unmittelbar nach Eintritt in die heutige Verhandlung gegen den Chauffeurmörder Johannes Kabelitz aus Steglitz ergriff der Anklageverteiler Oberstaatsanwalt Lehmann das Wort zu seiner Anklagerede.

Die Mutter des Angeklagten war trotz Vorhalts des Vorsitzenden nicht dazu zu bewegen, während der Rede des Staatsanwalts den Saal zu verlassen. „Rein, nein, ich bleibe bei meinem Jungen“, rief sie und blieb weinend mit gefalteten Händen im Verhandlungsraum sitzen. Auch heute ist das Interesse an dem Prozeß sehr groß. Viele müssen umkehren, weil alles besetzt ist. Dann leuchtet der Oberstaatsanwalt in die letzten Winkel der graufigen Lat, die in einer dunklen Januarnacht auf einsamer Chaussee bei Fersch verübt wurde, hinein. Was ist das Motto dieser Tat? Wollte sich Kabelitz eines Mitwissers entledigen? Nein. Es gibt nur ein Motto: den Chauffeur niederzuschleichen, um ihn dann zu berauben. Waren doch die Schulden des Angeklagten gerade vor der Tat mehr als drückend. Die Tat war gut vorbereitet und ist mit Ueberlegung begangen. Hat doch der Angeklagte noch wenige Tage vor der Mordnacht zu einem Bekannten geäußert: Geld muß ich beschaffen und wenn es mit Gewalt geschieht. Der Anklageverteiler beantragt wegen Raubmordes die Todesstrafe. Die Mutter schrie bei dem Antrag der Todesstrafe laut auf.

Der Verteidiger, R.-L. Dr. Wienholz-Berlin, plädierte dafür, daß es sich um eine Affekttat handele und daß, den Angeklagten daher nur wegen Totschlages zu verurteilen.

Der Angeklagte Kabelitz, zum letzten Wort zugelassen, ist derart launiglos, daß er den Vorsitzenden um eine kurze Erholungspause bittet. Als er wieder aus der Zelle vorgeführt wurde, erklärte Kabelitz unter Tränen: „Ich habe ein schweres Verbrechen begangen und gestehe es ein, aber ich habe nicht die Tat mit Ueberlegung begangen. Ich weiß nicht, wie ich dazu gekommen bin. Um ein mildes Urteil darf ich nicht bitten, aber ich bitte um eine gerechte Strafe.“ Darauf zog sich das Gericht zur Beratung zurück.

Das Gericht verkündete um 1/2 Uhr das Urteil gegen Kabelitz. Es lautete auf Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte wegen des Mordes an dem Chauffeur Ponigt.

Revolverheld stellt sich selbst.

Der Tod der Wirtschaftlerin Olschowski.

Im Zentrum der Stadt, an der Ecke Linien- und Rosentaler Straße, wurde in der Nacht zum Dinstag, wie berichtet, die 32 Jahre alte Wirtschaftlerin Alma Olschowski auf dem Fahrdamm mit einer Schußverletzung aufgefunden. Die Frau wurde ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo sie bald nach der Einlieferung starb.

Pollanten hatten aus einiger Entfernung Streit zwischen der Frau und einem unbekanntem Mann gehört. Plötzlich fiel ein Schuß, die Frau sank mit einem Aufschrei zu Boden und ihr Begleiter flüchtete. Der Polizeipräsident hatte zur Aufklärung der Missetat 600 M. Belohnung ausgesetzt. In der vergangenen Nacht hat sich der Schütze selbst gestellt. Er erschien gegen 1 Uhr auf dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz und erklärte, daß er der Gesuchte sei. Es handelt sich um den 26 Jahre alten Willi Sch. Bei seiner Vernehmung gab er an, daß die Olschowski durch einen unglücklichen Zufall den Tod gefunden habe. Mit der Frau habe er eine Anekdote unternommen. An der Ecke Linien- und Rosentaler Straße habe er sein Taschentuch aus der Tasche nehmen wollen, dabei habe er seine entschärfte Pistole mit herausgezogen. Dabei sei er dem Abzug zu nahe gekommen und der verhängnisvolle Schuß sei losgegangen. In der Angst sei er geflüchtet und habe sich verborgen gehalten.

Die Kriminalpolizei schenkt dieser Darstellung zunächst noch wenig Glauben, da die Zeugenaussagen in krassem Widerspruch dazu stehen.

Tod auf dem Fahrdamm . . .

In der Appolienstraße in Lichtenberg wurde in der vergangenen Nacht der Pfarrer einer religiösen Sekte, der 54 Jahre alte Wilhelm Kaufsch aus der Dosestraße 18, auf dem Fahrdamm tot aufgefunden. Da äußere Verletzungen an dem Toten nicht festzustellen waren, wird bisher angenommen, daß der Mann auf dem Heimweg einen plötzlichen Herz- oder Gehirnschlag erlitten ist. Die Leiche ist zur genauen Feststellung der Todesursache beschlagnahmt worden.

Entschließung der Polizeibeamten.

Forderungen vor der Notverordnung.

Die Funktionäre des Bundes Groß-Berlin im Verbands der Preussischen Polizeibeamten hatten sich am Montag in den Musikerkoln versammelt, um in der letzten Minute nochmals mit allem Nachdruck ihre warnende Stimme zu erheben. Eine Entschließung lautet:

„Wir fordern durchgreifende gesetzgeberische Maßnahmen zur Senkung der Preise, Mieten, Zinsen und öffentlichen Tarife. Wir fordern weiterhin mit Nachdruck die Beseitigung der wirtschaftlich und rechtlich ungleichen Preisbindungen. Ebenso fordern wir eine Beseitigung der preissteigernden Zölle. Nicht durch weitere Einengung der Lebenshaltung und der Kaufkraft der Beamten und der übrigen Arbeitnehmerklasse kann das deutsche Volk aus der Wirtschaftskrise herausgeführt werden, sondern durch Stärkung der Kaufkraft. Dieses allein ist und bleibt Voraussetzung und Vorbedingung für die Wiederbelebung der Wirtschaft, für die Gesundung der Staatsfinanzen und damit für die Ueberwindung der deutschen Not.“

Diese Forderungen sind gleichzeitig die vordringlichsten für die Erhaltung und Stützung der von uns durch unseren Eid beschworenen Staatsform, der Deutschen Republik, für deren Bestand wir uns nach wie vor weiterhin einsetzen werden.“

Das Ende einer Illusion.

Wieder steigende Arbeitslosenzahl in England.

London, 8. Dezember.

Nach einer Mitteilung des Arbeitsministeriums beträgt die Zahl der Arbeitslosen am 30. November 2 622 027; das ist 6812 mehr als in der Vorwoche und 318 388 mehr als im Vorjahr.

25. Abteilung. Zahlabend Finken bei Heinisch. Am Friedrichshain 6. Die anderen Zahlabende an bekannter Stelle.

Wetter für Berlin: Zeitweilige Bewölkungsabnahme, etwas kühler, keine nennenswerten Niederschläge. — Für Deutschland: Allgemeine, im Nordosten stärkere Abkühlung, strichweise Schauer.

Die Schrumpfung der Kaufkraft

Die Preisdiktatur / Gesenkte Gütertarife / Das 4-Pfennig-Stück

Die Mietenkung / Die Reichsfluchtsteuer

In der heute morgen ausgegebenen „amtlichen Verlautbarung“ zur vierten, vom gestrigen 8. Dezember datierten Notverordnung stellt die Reichsregierung ihre wirtschaftlichen Ziele dar. Die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, das Absinken des Pfundes und anderer Währungen, der neu entfesselte Zollkrieg haben „einen starken Rückgang im deutschen Geschäftsleben verursacht, der die Erzeugung, die Umsätze und den Verkehr immer weiter hat einschrumpfen lassen. Infolgedessen können nur sehr tiefe Eingriffe Erfolg versprechen, wenn das klar erkannte und unerrückbar feststehende Ziel erreicht werden soll, nämlich

die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erneut zu stärken und die große Arbeitslosigkeit zu mindern.“

Abgesehen von der notwendigen Sicherung der Haushalte verfolgt die neue Notverordnung deshalb „das Ziel, die Gesamtproduktion, Umsatz und Lebenshaltung des deutschen Volkes in jeder nur irgendmöglichen Weise zu entlasten. Um die Produktion zu entlasten, war an einer weiteren Senkung von Löhnen und Gehältern nicht vorbeizugehen. Wie aber schon bei den Beratungen des Wirtschaftsbeirats klar ausgesprochen wurde, ist

eine Senkung von Löhnen und Gehältern ohne Sicherstellung gleichzeitiger und entsprechender Senkung der Preise untragbar, da sonst eine verhängnisvolle Schrumpfung der Kaufkraft die Folge wäre.

Nach der Aufzählung der für die Preisentkung getroffenen Maßnahmen — Miet-, Verkehrstarif-, Zins- und Preisentkungen — erklärt die Verlautbarung: „Erst nachdem durch Maßnahmen solcher Art ein wesentliches Abgleiten sämtlicher Preise sichergestellt war, hat sich die Reichsregierung zu dem erneuten Eingriff in Löhne und Gehälter entschlossen. Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht übersehbare Umstände eintreten, die die Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade

um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden,

wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tiefgehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben kann.“

Ueber die Beschlüsse des Reichskommissars für die Preisübersehung“

wird gesagt: „Er kann mit dem Ziele der Preisentkung Vorschriften oder Anordnungen über alle Preise für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs oder für lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs erlassen und wird seine besondere Aufmerksamkeit der Beseitigung überhöhter Preisspannen in den Preisen zuwenden. Der sachliche

Arbeitsbereich des Reichspreiskommissars ist dabei praktisch unbegrenzt.

Er kann z. B. ebenso im Lebensmittelmarkt eingreifen wie überhöhte Preise für industrielle Erzeugnisse herabsetzen, die für Landwirtschaft und Gewerbetreibende sowie für jeden Haushalt von Bedeutung sind. Er kann außerdem aber auch für angemessene Senkung der Werttarife der Kommunen (Gas, Elektrizität u. a.) sowie der Tarife für handwerkliche Leistungen (Reparaturen usw.) Sorge tragen. Es bleibt ihm überlassen, ob er auf freiwillige Senkung durch die Beteiligten hinwirkt oder aber mit Zwang vorgehen will. Zur Senkung der Preise für Fahrkarten von Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen ist ein besonderer Anreiz dadurch gegeben, daß für den Fall der Ermäßigung der Fahrpreise die Beförderungssteuer ganz oder teilweise zu erlassen ist. Das weitere Recht des Preiskommissars, Betriebe zu schließen, die sich seinen Anordnungen nicht fügen oder sonst die für den Betrieb erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzen, und die Befugnis, den Preisbildergang und die Pflanz zur Führung von Preisverzeichnissen in Läden und auf den Märkten einzuführen, kennzeichnen die Bewegungsfreiheit des Preiskommissars.

Eine straffe und doch unerträgliche Härten vermeidende Ausführung des Preiskommissars vorausgesetzt,

darf mit Sicherheit erwartet werden, daß die Preisbildung damit in Bahnen gelenkt wird, die der Vermögens- und Einkommenslage der weitaus meisten Schichten des deutschen Volkes angepaßt sind. Dabei darf eines von vornherein nicht außer acht gelassen werden: Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte liegen nach der ausdrücklichen Feststellung des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung unter dem allgemeinen Preisniveau. Wenn daher der Preiskommissar sich mit der Preisbeeinflussung für Lebensmittel (landwirtschaftliche Erzeugnisse) befaßt, so wird es, wie schon der Wirtschaftsbeirat mit Entschiedenheit betont hat, dabei auf einen Ausgleich der Preise und eine Verringerung der in vielen Gegenden noch besonders hohen Preispannen ankommen.“

Auf dem Gebiete der

gebundenen Preise

wird erklärt, daß „alle Preise, die durch Kartelle, Syndikate und ähnliche Abmachungen sowie durch Verpflichtungsheime und Lieferungsbedingungen gebunden sind, bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 Proz. gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1931 gesenkt werden. Dieses Verlangen beruht nicht auf einer Nachprüfung der in den einzelnen Wirtschaftszweigen zur Zeit bestehenden Preishöhe, — eine solche individuelle Behandlung ist bei der Vielgestaltigkeit der hier in Betracht kommenden Verhältnisse vollkommen unmöglich. Es beruht vielmehr auf der Feststellung, daß

die gebundenen Preise im Verlaufe der gegenwärtigen Depression den durch sie bedingten Senkungstendenzen stärkeren Widerstand

als die Preise des freien Marktes entgegengekehrt haben. Werden die Preise nicht in dem geforderten Ausmaße herabgesetzt, so sind ihre Bindungen am 1. Januar 1932 nichtig. Die Senkung der Preise für Warenwaren, die gebunden sind, hat in der Weise zu erfolgen, daß der Preis durch das Zusammenwirken aller daran beteiligten Wirtschaftsklassen (Hersteller und Handel) gleichfalls um mindestens 10 Proz. bis zum 1. Januar 1932 gesenkt wird. Preisempfehlungen, wie sie zum Beispiel im Handwerk dem übrigen Leistungsgewerbe und im Einzelhandel häufig sind, dürfen im inländischen Geschäftsverkehr nur erteilt werden, wenn die empfohlenen Preise entsprechend herabgesetzt sind. Um die ermäßigte Preislage

für die Zukunft nach Möglichkeit sicherzustellen, ist angeordnet worden, daß die Erhöhung kartellgebundener Preise und die Einführung neuer Preisbindungen in der Zeit bis zum 1. Juli 1932 genehmigungspflichtig sind. Zuwiderhandlungen hiergegen, wie auch sonstige Verstöße, die Vorschriften dieses Kapitels zu umgehen, sind unter Strafe gestellt.

Besonders geregelt sind die Preisbindungen in der Kohlen- und Kalkwirtschaft. Deren Zwangsgebundene haben mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ihre Preise um 10 Proz. zu senken. Die Kohlen- und Kalkgroßhändler dürfen künftig Einzelhändler nicht bestrafen, weil sie die durch örtliche Händlerorganisationen festgesetzten Kleinverkaufspreise nicht eingehalten haben. Für die Preisbindungen des Kohleneinzelhandels ist eine besondere Regelung vorbehalten, die der Reichskommissar für Preisüberwachung erlassen wird. Dieser hat im übrigen auch die Befugnis, über die Auswirkung der allgemeinen Bestimmungen hinaus in die gebundenen Preise einzugreifen.

Zur weiteren Förderung der Preisentkung, bei der der Wert des Pfennigs wieder stärker in die Erscheinung treten soll, hält es die Reichsregierung für geboten, ein

4-Pfennigstück

zu schaffen. „Es soll dazu dienen, den Zahlungsverkehr mit Pfennigrechnung zu erleichtern und soll vor allem auch der gesamten Bevölkerung immer stärker zum Bewußtsein bringen, daß bei Sparfamelei im Kleinsten eine Steigerung des Sparsinnes und damit der gesunden Grundlage des Wohlstandes zu erhoffen ist. Die Ausprägung soll alsbald beginnen. Bei der Ausgabe des neuen Pfennigstückes soll das 5-Pfennigstück allmählich in entsprechendem Ausmaß eingezogen werden.“

Zum Zwecke der

Mietenkung

wird jedem Mieter „ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Altbau oder Neubau, um Wohnungen oder Geschäftsräume, handelt, das einmalige außerordentliche Recht gegeben, einen vor dem 15. Juli geschlossenen, über den 31. März 1932 hinaus laufenden Mietvertrag vorzeitig zu dem letztgenannten Termin durch eine spätestens am 5. Januar 1932 dem Hauswirt zugehende Kündigung zur Auflösung zu bringen. Dieses Kündigungsrecht soll nur ausgeschlossen sein, wo der Hauseigentümer sich mit dem Mieter im Laufe des Jahres 1931 auf eine Senkung des Mietzinses um mindestens 20 Proz. geeinigt, also ihm einen Teil seiner wirtschaftlichen Sorgen bereits freiwillig abgenommen hat, oder wo der Vermieter auf besonderen Wunsch des Mieters kostspielige Um- oder Ausbauten der Räume — insbesondere für Geschäftszwecke — vorgenommen hat und sich dafür eine längere Vertragsdauer hat garantieren lassen.

Bei den Altmietungen soll die Friedensmiete ab 1. Januar um 10 Proz. gekürzt, bei den Neubaumietungen soll die Zinsentkung dem Mieter zugutekommen.

Die Reichsfluchtsteuer.

Gegenüber den Steuerpflichtigen, die ihren Wohnsitz im Ausland verlegen, und ein Einkommen von 20 000 M. und mehr oder ein Vermögen von über 200 000 M. haben, wird eine Reichsfluchtsteuer ausgeschrieben, die ein Viertel des gesamten steuerpflichtigen Vermögens betragen soll.

Wer sich dieser Steuer entzieht, dem wird die Rückkehr und auch nur der vorübergehende Aufenthalt im Inland unmöglich gemacht. Das Finanzamt soll einen Steuerbescheid erlassen; der Steuerpflichtige wird, wenn er dennoch auf deutschen Boden kommt, festgenommen. Sein ganzes Vermögen wird beschlagnahmt.

Die Vermögensbeschlagnahme enthält u. a. das Verbot an alle inländischen Personen, Zahlungen oder sonstige Leistungen an den Steuerpflichtigen zu bewirken. Der Steuerbescheid und die Vermögensbeschlagnahme werden unter Nennung des Namens des Steuerpflichtigen im „Reichsanzeiger“, im „Kriminalpolizeiblatt“ und in sonstigen geeigneten Blättern bekanntgegeben. Die Nichtzahlung der Reichsfluchtsteuer wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft. Neben der Freiheitsstrafe ist auf Geldstrafe zu erkennen; der Höchstbetrag der Geldstrafe ist unbeschränkt.

Die leitenden Angestellten von deutschen Unternehmungen, wenn sie formell ihren Wohnsitz im Ausland haben, aber trotzdem im Inland die Geschäfte führen, sollen so behandelt werden, als wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben, d. h. sie sollen unbeschränkt steuerpflichtig sein. Das gleiche gilt auch für die Aufsichtsratsmitglieder, die im Ausland wohnen, aber vertretungsweise oder vorübergehend die Geschäfte eines Vorstandsmitgliedes im Inland führen. Um den Eingang der Steuern zu sichern, kann der Reichsminister der Finanzen anordnen, daß die Steuer bei beschränkt steuerpflichtigen Einkünften im Wege des Steuerabzugs, d. h. an der Quelle erhoben wird.

Die Steuer für Wertpapiergeschäfte, die die Banken in sich ausgleichen, wird wieder eingeführt. Sie war vom 1. Januar 1924 ab außer Hebung gesetzt worden. Seitdem berechnen die Banken, wenn sie Aufträge zum An- und Verkauf gleicher Papiere in ihrem Büro kommissionieren, dem Bankkunden die Börsenumsatzsteuer und die Maklergebühr, wie wenn sie die Geschäfte an der Börse ausgeführt und einen Makler mit der Vermittlung beauftragt hätten, führen aber weder die Steuer an das Reich noch die Courtage an den Makler ab. Dies Verfahren hat u. a. auch den Nachteil, daß solche Geschäfte bei der Kursfeststellung nicht berücksichtigt wurden. Die Verordnung will dem Reich die entgangenen Steuerbeiträge wieder zuführen. Die einfache Steuer soll aber nur dann erhoben werden, wenn ein Kursmakler von der Bank den Auftrag zur Vermittlung des An- und Verkaufs erhalten hat. Kommissioniert die Bank aber nach wie vor in ihrem Büro, so soll sie verpflichtet sein, eine wesentlich höhere, auch die Courtage umfassende Steuer zu entrichten.

Hitler läßt „legal“ schießen.

Nazihorden als Versammlungsprenger.

Berlin, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

In einer am Montag abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Sozialdemokratie kam es zu schweren Tumulten. Nationalsozialisten gaben auf den Redner, den Reichstagsabgeordneten Buchwiz, mehrere Schüsse ab. Ein Reichsbannermann wurde am Arm verletzt. Schließlich gingen die Nazis mit Stöcken und Tischen gegen die andersdenkenden Versammlungsteilnehmer vor. Drei Personen wurden schwer verletzt, etwa 40 leicht.

Lohnsenkung auf Stand von 1927

Tarifparteien sollen bis zum 19. Dezember zusammentreten

In dem 6. Abschnitt der Notverordnung wird die Lohnsenkung in der Form vorgenommen, daß nach Ansicht der Reichsregierung „an den rechtlichen Grundlagen der kollektiven Arbeiterrechte nichts geändert wird“. Aber eine „fühlbare Senkung der Produktionskosten könne meist nicht ohne eine entsprechende Senkung der Löhne und Gehälter durchgeführt werden. Dabei glaubt die Reichsregierung, daß grundsätzlich auf den Stand zu einer Zeit zurückgegangen werden muß, in der nach Krieg, Inflation und Währungsrisiko ein gewisses Gleichgewicht erreicht war, d. h. auf den Stand im Anfang des Jahres 1927, ohne daß dabei in allen Wirtschaftszweigen und in allen Einzelheiten genau die Lohnregelung zu diesem Zeitpunkt wieder erreicht werden müßte oder könnte.“

„Die Reichsregierung ermächtigt die ganze Schwere dieser Maßnahme, glaubt sie aber den Arbeitnehmern zumuten zu können.“

welche die Lebenshaltungskosten bereits erheblich gesunken sind, und zwar nach dem Lebenshaltungsindex unter den Stand von 1927, und weil die Reichsregierung im Gesamtergebnis von ihren Maßnahmen eine weitere bedeutende Verbilligung der Lebenshaltung erwartet, die auf die Dauer eine Senkung des Reallohns verhindert.

Die weitere Verbilligung der Lebenshaltung und damit die Erhaltung des Reallohns kann aber nur erreicht werden, wenn die Herabsetzung der Gesamtkosten der Wirtschaft zu gleicher Zeit eintritt; ein allmähliches Absinken der Gestehungskosten würde nach den Erfahrungen eine schleunige Preisentwertung nicht herbeiführen.“

Die Reichsregierung hat den Weg gewählt, die Senkung der Löhne und Gehälter in der Verordnung selbst „unter Aufrechterhaltung der Tarifverträge im übrigen“ vorzunehmen. Die laufenden Tarifverträge sind daneben „für einige Zeit“ verlängert worden, „damit eine Beruhigung des Arbeitslebens eintreten und die erforderliche feste Grundlage für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und die ihm entsprechende Verfeinerung des Tarifvertragssystems geschaffen werden kann.“

Die Verordnung schafft deshalb mit Wirkung vom 1. Januar 1932 unmittelbar eine Senkung der Löhne und Gehälter, und zwar grundsätzlich auf den Stand am 10. Januar 1927, indem sie für die Zeit vom 1. Januar 1932 an

die damaligen geldlichen Lohn- oder Gehaltsätze an Stelle der heutigen als im Tarifvertrage vereinbart gelten läßt.

Da in den meisten Wirtschaftszweigen die Löhne und Gehälter seit ihrem Höchststand bereits einmal oder mehrere Male gekürzt worden sind, würde die ausnahmslose Zurückführung auf den Stand vom 10. Januar 1927 im Durchschnitt noch eine Kürzung von etwa 10 bis 15 Proz. ausmachen. In einer Reihe von Wirtschaftszweigen würde die Kürzung aber erheblich über dieses Maß hinausgehen, was die Reichsregierung nicht für erträglich hält. Die Verordnung bestimmt deshalb, daß im Höchstfall Senkungen um 10 Proz. und in den seltenen Ausnahmefällen, in denen seit dem 1. Juli 1931 keine Kürzung eingetreten ist, um 15 Proz. eintreten dürfen. Derselben Hundertsätze der Lohn- und Gehaltsentwertung gelten auch für die Wirtschaftszweige, in denen am Stichtag, dem 10. Januar 1927, kein Tarifvertrag bestand. Sie gelten ferner für die Senkung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten des Kohlen- und Kalibergbaus, wo die besonders schwierige Wirtschaftslage und die besondere Bedeutung des Lohn- und Gehaltskontos für die gesamtwirtschaftlich notwendige Preisherabsetzung zu einer einheitlich bestimmten Lohn- und Gehaltsentwertung nötigen. Bei einer derartigen allgemeinen und schematischen Senkung der Löhne und Gehälter läßt sich die Entziehung gewisser Unklarheiten in dem neuen Aufbau der Löhne und Gehälter nicht vermeiden, die schnellstens beseitigt werden müssen, um Reibungen im Fortgang der Arbeit auszuschalten. Die Verordnung sieht deshalb vor, daß der neue Lohn- oder Gehaltsstand unverzüglich bis ins einzelne festgelegt wird.

Zu diesem Zweck treten die Parteien jedes Tarifvertrages bis zum 19. Dezember 1931 zusammen, um die nach den Vorschriften der Verordnung ab 1. Januar 1932 geltenden Sätze in einem Nachttag zum Tarifvertrage festzulegen.

Dabei werden sie Gelegenheit haben, etwa durch die Lohnherabsetzung entstandene Unannehmlichkeiten des Tarifvertrags im übrigen durch Vereinbarung zu beseitigen. Falls die Tarifvertragsparteien in freier Verhandlung nicht zu der Festlegung gelangen, z. B. weil die Herabsetzung der Lohn- oder Gehaltsätze gleichzeitige Änderungen von Bestimmungen des Manteltarifvertrages nahelegt, über die sie sich nicht zu einigen vermögen, muß die Klarstellung des Ergebnisses der Kürzungsvorschriften der Verordnung durch eine Behörde erfolgen. Die Verordnung sieht hierfür die Schlichter als die geeigneten Stellen vor. Sie treffen ihre Festlegungen endgültig und bindend gegenüber allen Beteiligten. Im allgemeinen werden sie lediglich die Sätze festzusetzen haben, die sich aus den entsprechenden Vorschriften unmittelbar ergeben. In Ausführung des Zweckes der Verordnung, den allgemeinen Lohn- und Gehaltsstand vom 10. Januar 1927 wieder einzuführen, können sie aber in Ausnahmefällen die etwaigen Widersprüche bereinigen, die sich aus inzwischen eingetretenen Änderungen des Systems der Entlohnung ergeben können. Sie können z. B. bei der Festlegung der Sätze berücksichtigen, daß die Löhne und Gehälter des Wirtschaftszweiges im Januar 1927 unter der Voraussetzung des Bestehens von Sozialzulagen bestimmt waren, die heute nicht mehr vorgegeben sind; sie können weiter beispielsweise

Affordberechnungsmethoden ändern.

die im Manteltarifvertrag mit Rücksicht auf die heutigen Lohnsätze vereinbart sind, für die neuen Sätze aber offensichtlich nicht mehr passen. Die Schlichter haben auch die Möglichkeit, in Fällen, in denen am 10. Januar 1927 kein Tarifvertrag bestand und deshalb nach der Verordnung eine Kürzung der Löhne oder Gehälter von zehn oder fünfzehn Prozent eintreten muß, von diesen Kürzungssätzen ab zu weichen, wenn durch ihre unmittelbare Uebernahme eine mit dem allgemeinen Lohn- und Gehaltsstand im Januar 1927 offensichtlich nicht vereinbare Regelung geschaffen würde. Sie können schließlich auch

die Laufdauer der Tarifverträge bis zum 30. September 1932 verlängern.

wenn das für die ruhige Fortentwicklung des Wirtschaftszweiges erforderlich erscheint und die Verhältnisse genügend überschaubar sind.

Da durch die Herabsetzung der Löhne und Gehälter im Lauf des Tarifvertrages keine Änderung eintreten soll, trifft die Verordnung auch Vorsorge dafür, daß die neuen Sätze mit größter Beschleunigung im Rahmen eines im übrigen allgemeinerbindlichen Tarifvertrages ebenfalls allgemeinerbindlich werden. Sie beschränkt dieses verkürzte Verfahren der Allgemeinerbindlichkeitsklärung aber auf die Fälle, in denen dem Reichsarbeitsminister

von der Änderung unverzüglich Kenntnis gegeben wird; andernfalls müssen die Parteien das regelmäßige Verfahren in den Kauf nehmen. Das geschiedene Verfahren der Lohnsenkung gilt nicht für die Arbeiter und Angestellten, deren Löhne oder Gehälter nach den Vorschriften der Verordnung bereits im Zusammenhang mit der Kräftigung der Beamtengehälter gesenkt werden.

Ueber die augenblickliche Lohnsenkung hinaus erstrebt die Reichsregierung eine

„Verfeinerung des Tarifvertragssystems“.

Zu diesem Zweck müssen nötigenfalls einheitliche Tarifverträge in getrennte Vereinbarungen für einzelne Gebiete oder Wirtschaftszweige zerlegt werden. In den Tarifverträgen sollte ferner in geeigneten Fällen die Möglichkeit geschaffen werden, eine vorübergehende, besondere Rottlage einzelner Betriebe angemessen zu berücksichtigen. Die zeitliche Dauer der tarifvertraglichen Bindung muß den Bedingungen des Einzelfalles vorzugsweise angepaßt werden. So wertvoll langfristige Abschlüsse zur Schaffung sicherer Produktionsgrundlagen der Wirtschaft und zur Sicherung des Lebensbedarfs der Arbeitnehmer sind, so not-

Volkstunst im Schiller-Theater

Niebergalls „Datterich“

Darmstadt, wo 1815 der Musikerjohn Ernst Elias Niebergall zur Welt kam, wurde schon von den Vorfahren des Regisseurs den schwarzrotgoldenen Burschenschaftler und Theologiestudenten Ernst Elias ein. Als sie ihn freilassen und ihm die Karriere eines geistlichen Steinhauers gestatteten, hatte sich Niebergall schon das Kneipen, man kann auch sagen das Saufen angewöhnt. So geschah es, daß seine schwachen Lungen nicht lange atmeten. Erst 28 Jahre alt, starb er und hinterließ der heillosen Nachwelt die Pöste vom „Datterich“, der ein Ebenbild des Niebergall war, ein ewig betrunkenes Fagenmacher, ein Schuldenmacher, ein ziemlich geringeltes und rügenwürdiges Gewürm. Doch hinter der Berluderung verbarg sich das Volksdramatikergenie, ein herrlicher Spottvogel, ein Aufschneider und Raffener von Gottes Gnaden, der die Spielerei und Krähwinkel in all ihrer Väterlichkeit entlarvete.

Der „Datterich“ ist Volksspoße im Dealekt. Die Typen kommen aus dem Volkstale, sie sind faßig und mit Väterlichkeit gespickt. Vom dämlichen und verkehrten Handwerksburschen bis zum süßen Backfisch und der Klatschtrine und zum Hausstrammen und stumpfsinnigen Polizeibüttel ist alles glänzend gesehen. Das Maul- und Herzenswerk wird sorgfältig aufgedröhrt. Und Hauptnummer ist Datterich selbst, der schließlich die Strafe für sein hundsfüßliches Schmeicheleben empfängt.

Diesen spiritusgeladenen, liebenswürdigen Bösewicht spielt Theodor Boos, der sonst im Tragischen wirkt, mit überraschender Beweglichkeit. So lustig, anmutig verkommen und pfliffig stolziert er durch seine Sünden, daß ihm das Schicksal im Sturme zuschießt. Er bringt große Stimmung des Vergessens und eine Ausgelassenheit, die für Stunden den Notverordnungsummer wegwischt. Ludwig Donath, Beibell, Potts Beste und andere, die nur in Episoden erheitern, stehen ihm bei.

Ein bißchen zu selbstgefällig, zu verfallen auf Pointen, zu breisporig. Aber das ist Schuld des Regisseurs Lindberg, der vermeint, er müßte mit schleppender und allzu gründlicher Gemütsarbeit das behagliche Spiel der Wige vor sich gehen lassen. Die Bestimmung wäre besser gewesen. Dabei ist der Regisseur schludern. Die tolle Prügelzene, das alte, herrliche Bravourstück der Volksspoße, macht er tot, da er sie fast ganz in die Kulisen verlegt. Soll schon im Saufen gelobt werden, dann muß auf der Bühne das edle Hinterkeil des prächtigen Säufers Datterich mit allen Ehrungen und als weit-

wendig erscheint es andererseits im beiderseitigen Interesse, in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Erschütterungen die rechtzeitige Berücksichtigung unvorhergesehener wichtiger Änderungen der Verhältnisse zu ermöglichen. Diese Grundzüge werden in erster Linie von den Tarifvertragsparteien selbst bei ihren Verhandlungen in die Praxis zu überführen sein. Der Reichsarbeitsminister wird zwar auch die Schlichtungsbehörden mit entsprechenden allgemeinen Richtlinien versehen, ihnen darin aber auch nahelegen, die Verantwortung für die tarifvertragliche Regelung noch mehr als bisher den Beteiligten selbst zu überlassen. Insbesondere soll die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches in der Regel nur da erfolgen, wo wichtige gesellschaftliche Interessen zur Anwendung dieses letzten staatlichen Mittels nötigen, wo die eine Seite tarifvertragliche Vereinbarungen grundsätzlich ablehnt oder wo die Befürchtung gerechtfertigt ist, daß ein tarifvertragloser Zustand zu unerträglichen sozialen Härten oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen würde.

Die Gehaltsenkung im Staat.

Die vom 1. Januar ab vorgeordnete Gehalts- und Lohnsenkung bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern beträgt 10 Proz. Da die Kürzung bei den Beamten und Angestellten an den vor den bisherigen Kürzungen festgesetzten Dienstbezügen vorgenommen wird, ist in der Verordnung ein Kürzungssatz von 9 Proz. vorgeschrieben; dieser Satz bedeutet jedoch eine Kürzung der jetzigen Bezüge um etwas mehr als 10 Proz.

sichtbare Augenweide verschloßt werden. Immerhin, die überraschten und amüsierten Leute waren auch mit dieser Unterföhlung eines allzu noblen Regisseurs einverstanden.

Es heißt noch immer, das Schillertheater soll geschlossen werden und das Schicksal der Krolloper teilen. Die Behörden mögen sich darüber klar sein, daß sie durch Verwirklichung solcher Attentatspläne einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Zerstörung unserer Kultur tun werden, einen Schritt, der auch mit wirtschaftlichen Notmaßnahmen nicht begründet werden darf. Denn alle Informierten sind sich darin einig, daß die ökonomische Führung des Schillertheaters den Staatsfiskus am wenigsten belastet.

Ein Wichtiges wird bei diesen Anschlägen übersehen: die Privattheater wackeln und wanken immer mehr. Eben ist wieder die Direktion Dr. Klein zusammengebrochen. Das bedeutet: Unternehmer, die weder nach Kunst noch nach Kulturzielen fragen, sondern mit den Resten ihrer Kreditfähigkeit eins nach dem anderen der alten Sprechtheater in zweifelhafter Operettengehölle verwandeln, siedeln sich in den verlassenen Theaterwüsten an. Das Sprechtheater, das Ideentheater, das Seelentheater, das Zeittheater, kurz alles, was erzieht und erodiert, verschwindet mehr und mehr. Da selbst diesen gerissenen Operettenspekulanten, die einige ihrer Stars vorziehen, die übrigen Künstler jedoch immer tiefer ins Proletariat hineintreiben, eines Tages auch die Spekulationsmittel entrisst sein werden, ist mit mathematischer Sicherheit der Ruin der meisten Berliner Privattheater vorauszu sagen.

Und dann? Dann hat der Staat der Bühnenkunst die große Rothilfe zu leisten, die er den verdrängten Banken auch nicht versagte, es sei denn, es wird als Notverordnung bestimmt, daß im Lande Preußen die Theaterkunst vollkommen aussterben hat. Hauptleidtragender dieser Katastrophe wird allein das Volk sein, das schon genügend benachteiligte Volk. Uebrig bleiben werden nur einige Amüsiertheater für die letzten wohlhabenden Snobs. Das Volkstheater wird ganz und gar ausgespielt haben. Die geistige Armut der Massen wird dann ebenso drückend sein wie die wirtschaftliche. Noch ist es Zeit, das zu verhindern. Und nach einem Abend, der das künstlerische Recht des Schillertheaters wiederum bewies, wird noch einmal aus besorgtem Herzen der Alarmruf ausgestoßen — im Namen des künftigen Volkes.

Max Hochdorf.

„Gegen Ehebruch versichert.“ Wollner-Theater.

Ein Schwank, nach bewährten Mustern gearbeitet, mit Verwechslungen und Situationskomik. Aber die Komik ist mait, und der Dialog kommt über billige Wige nicht hinaus, er quält sich dahin, ohne an Schlagkraft zu gewinnen. Peter Virpont hat keine neue Idee, er variiert nicht einmal die gewohnten Figuren. Wieder liebt der alte Herr Seitensprünge, wieder ist der Schwiegerjohn nur noch Schächterheit, wieder beherrscht ein alter weiblicher Drache das Haus. Wozu soll die Aufführung des Schwantes dienen?

Die Berliner Bühnen, gleichgültig, ob sie im Osten oder Westen liegen, haben keine Stücke, d. h. die Direktoren verfügen über keine Initiative, neue dramatische Möglichkeiten zu entdecken. Ein einigermaßen kluger Geschäftsmann bietet angestaubte Modewaren von vorgestern auch nicht als neueste Modität an, und die deutsche Lustspielmanufaktur arbeitet hauptsächlich mit Typen einer vergangenen Zeit, die einmal, als die Schönthans und Mosers schrieben, modern waren. Doch sich die Menschheit geändert hat, wird in dieser Branche vergessen. Aber neue Typen fordern, hieße wohl die Begabung der meisten Schwankdramatiker überschätzen. Der wirtschaftliche Rückgang der Theater liegt nicht allein in der allgemeinen Krise, sondern auch darin, daß die angebotene Ware kein Interesse findet, daß das Theater immer mehr zu einem Antiquitätenladen wird.

Die Aufführung gefiel sich in Uebertreibungen.

F. Sch.

„Eine Nacht im Grand Hotel.“ Capitol.

Sonst träumen nur die kleinen Mädchen ihre Wunschträume im Film zu Ende. Hier ist es umgekehrt, der junge Mann, der nur noch von Pflanzlehren Gnaden besteht und sich nun vom Film keine große Sehnsucht nach einer schönen Frau und dem Leben der großen Welt erfüllen läßt. Man denkt immer, daß er einmal aus seinem Traum erwachen wird und Otto Stranitz neben dem stets wiederholten Schläger von dem „Baby“ und „Du, Du, Du“, jetzt frei nach Offenbach „Es war ein Traum“ anstimmen wird. Aber nein, wir sollen das alles für Wirklichkeit nehmen, wie der junge Mann das Ziel seiner Träume im Grand Hotel erblickt, mit allen möglichen Schicksen ihre Bekanntschaft macht und dank genauer

Pumpereien mit ihr einen Abend verbringt und ihr Herz erobert, wie sie ihre reichen Freunde ihm zuliebe aufgibt und er schließlich als Steger auf der ganzen Linie dasteht. Max Reusfeld hat sich in das Milieu eines Luxushotels förmlich verliebt und kann sich nicht genug tun, es in seinem ganzen Glanze vorzuführen. Schließlich müssen sogar noch die Fürstentümer herhalten.

Der einzige Gewinn des Abends ist Martha Eggerth, eine wirklich entzückende und charmante Frau (die sich schon vorher durch ihr persönliches Auftreten mit ihrem Schläger beim Publikum eingefunden hat). Sie ist die Fee des Märchens, und Ulrich Bellac ihr bald frecher, bald stammelnder Verehrer. Max Schipper, Kurt Herron und Karl Ellinger sind die Gefährten dieser Himmelfahrt, ersterer als treu besorgter Freund, die anderen als die gelbesegneten Verehrer. Willi Prager vermittelt die Bekanntschaft mit einem engelhaften Geldverleiher. z.

Theaterdirektor Klein gibt auf. Das Bessingtheater wird wieder an seine Besitzer, die Kotters, zurückfallen. Der bisherige Wächter, Direktor Klein, kann es nicht weiterführen. Der letzte Verfolger „Zimmer erst den Anwalt fragen“ wird heute zum letztenmal gespielt. Dann bleibt das Theater bis Weihnachten geschlossen. Klein, der als Reibargränder und Reinhardtstellvertreter eine Zeitlang sehr groß war, hatte beim Berliner Publikum schließlich keinen Erfolg mehr. Er will jetzt auf Gastspielreisen gehen.

Abschließungen im Museum. In den Staatlichen Museen hat die Sonderausstellung Abteilung mit großem Erfolg den Versuch gemacht, die beiden Babylon-Erde künstlich zu beleuchten. Heute abend 8 Uhr wird der Vortrag über Babylon wiederholt.

In der Berliner Seemanns spricht Donnerstag 8.30 Uhr. Budapest Str. 10, zugunsten der Rüstungshilfe Prof. Emil Drick über „Reise eines Malers in das alte Japan“.

2. Werbeposter der Kunstgemeinschaft Rosebery d'Argus Freitag, 8 Uhr, im Regium Berliner Str. 10 (Germannplatz). Zum Vortrag gelangen Gemälde und Kinder-Bildwerke sowie Gergelung mit Tanzdemokratie. Eintritt: Erwachsene 25 Pf., Kinder 10 Pf.

So macht man selbst Schallplatten. Freitag, 8.15 Uhr, hält im Rahmen der Urania-Vorträge Ing. Heinrich Rütz im Haus der Technik einen Experimental- und Schallplattenvortrag über „Die tönende Schall“. Während des Vortrags wird das Aufnehmen von Schallplatten nach verschiedenen Verfahren vorgeführt.

In der Volkshöhe findet Sonntagvormittag 11.30 Uhr eine Aufführung von Karl Kraus' „Die Unüberwindlichen“ in der Inszenierung des Leipziger Komödienhauses statt, an der der Autor persönlich mitgewirkt hat.

„Musik in der Wirtschaftskrise.“ Der vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltete Aussprachabend findet jetzt Freitag, 8 Uhr, statt. Außer den Referenten Prof. Georg Schünemann („Wie können wir der Arbeitslosigkeit in der Musik steuern?“) und Arnold Del („Wirtschaft und Musik“) werden eine Reihe Musikpädagogen und Musiker das Wort ergreifen.

Das neue Buch

Ferdinand Fried: Das Ende des Kapitalismus

Unter dem Titel „Das Ende des Kapitalismus“ hat Ferdinand Fried seine seit 1929 fortlaufend in der Zeitschrift „Die Tat“ erschienenen Aufsätze in einem Buch (Verlag Eugen Diederichs, Jena) zusammengefasst. Der Verfasser verfügt über eine recht bewegte Darstellungsgabe, so ungleichwertig die einzelnen Abschnitte des Wertes auch gearbeitet sind. Die geistesgeschichtlichen Grundlagen des Kapitalismus werden von Fried im engsten Anschluss an Georg Simmel, Max Weber, Werner Sombart, Oswald Spengler, also ziemlich unselbständig, formuliert. Es gelingt keineswegs, sie mit den manchmal ganz ausgezeichneten Analysen wirtschaftlicher Zusammenhänge zur Einheit zu gestalten. So materialistisch z. B. die Darstellung der Schichtung der Einkommen und Vermögen ist, so schiefe sind Fried's Auseinandersetzungen über das Reparationsproblem. Der entschiedenen Zustimmung zu Schacht's reparationspolitischen Ansichten folgt wenige Seiten später die Anerkennung der Notwendigkeit, „die ganze, durch Krieg und Infla-

tion in Deutschland veraltete Apparatur der Industrie zu überholen, zu modernisieren — zu rationalisieren“, ein Projekt, der wohl ohne ausländisches Kapital unmöglich gewesen wäre. Denselben Dr. Schacht, der die langfristigen Anleihen für Kommunen verhindert, trifft doch die Verantwortung für die großen Beiträge kurzfristiger Anleihen, deren katastrophale, wirtschaftliche Auswirkungen heute wohl vor aller Augen liegen. Fried's Darstellung der freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen und ihrer politischen Haltung ist unsachlich und gehässig, dem Ton des „Tat“-Kreises getreulich entsprechend. Man kann sich auf dieser Ebene nicht mit dem Verfasser auseinandersetzen. Die Analyse Fried's mündet in der Forderung einer nationalen Autarkie; er vergisst nur, mitzuteilen, wie Deutschland seine kurz- und langfristigen privaten Schulden begleichen soll, von den Reparations-schulden gar nicht erst zu reden, deren Streichung niemand anders als die internationale Sozialdemokratie — schon lange, lange vor Herrn Fried — gefordert hat. Deutschland steht vor schwierigen Aufgaben; kein Land der Welt ist von der Wirtschaftskrise unberührt geblieben. Die Wirtschaftsprobleme sind in einem Maße wie noch nie in der Weltgeschichte nationale, politische Probleme geworden. Wenn Ferdinand Fried Deutschlands politische und wirtschaftliche Schicksal mit dem antiken Karthago vergleicht (Carthagenem esse delendam, Karthago muß zerstört werden),

so möge er gestatten, daß uns die von ihm vorgeschlagene Lösung bedenklich an das Durchhauen des gordischen Knotens erinnert.
J. P. Mayer.

Verantwortl. für die Redaktion: Wih. Bernstein, Berlin; Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 4. Hierzu 1 Beilage.

Adolf Boese
Uhrmacher und Juwelier
NW 40, Alt-Moabit 111, Tel. Moabit 0272
Reichhaltiges Lager in Uhren, Juwelen, Gold-, Silberwaren und Bestecke.
Preiswerte Geschenkartikel für jede Gelegenheit. Reparaturwerkstatt für Uhren und Goldwaren, erstklassig und billig.
Taschen-Uhren Mk. 2.50
Armband-Uhren „ 3.75
Wecker „ 2.40
Salon-Uhren „ 25.00
Für alle Waren wird Garantie geleistet.

Volksbühne
Theater am Willyplatz
8 Uhr
Der grüne Kakadu
Der Kammersänger
Städt. Schiller-Theater
8 Uhr
Doktor Klaus

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Süden-Westen

Malerhütte
Berlin G. m. b. H.
VORMALS MALEREI-GENOSSENSCHAFT GEGRÜNDET 1913
NO 18, LANDSBERGER ALLEE 38-39
FERNSPR.: E 4 ALEXANDER 3625-30
ALLE MALERARBEITEN
MOEBEL- UND AUTOLACKIERUNG

Elektro-Motore
Ankerwickel, Reparaturwerk, Prüfstation, Reservemotore, Störungsbilf
Georg Worbs Berlin SW 61
Gitschiner Str. 54. 5
Tel.: F 1 Moritzplatz 3621

BERLINER ELEKTRO HÜTTE G. M. B. H.
BERLIN SO 36, ELISABETH-UFER 5-6
BERLIN-TEMPELHOF, ATTILASTR. 10
Unser gemeinwirtschaftliches Unternehmen bietet die größten Vorteile bei Installationen u. dem Bezuge von Beleuchtungskörpern, Radio u. and. elektrotechn. Bedarfsartikeln

Spezialgeschäft für Kolonialwaren
Carl Tamaschke
Dresdener Str. 121-123
F 1, Moritzplatz 5897
Lieferung frei Haus, von RM. 5,- an zu Ladenpreisen. / Preisverzeichnis auf Wunsch.

Wilhelm Schaale
Neukölln, Hermannstr. 58
Fleisch- und Wurstwaren
zu den billigsten Tagespreisen

Gegen Husten u. Heiserkeit
nur
Ulrich & Co., Weißensee
Pistoriusstr. 102 a
Telephon: Weißensee 1256
Überall erhältlich

Fritz Muth
Buttergroßhandlung
Filialen in allen Stadtteilen

Wäsche
waschen blütenweiß
Dampfwaschwerke
Reibedanz & Co.,
G. m. b. H., Tempelhof
65 Südring 6578 — Nachstr. 2918

Paul Zillen, Elektro-Bedarf G. m. b. H.
Berlin, Schiffbauerdamm 15
Ultrapphon- und Orchestrola-Schallplatten und Apparate-Vertrieb
Friedrich Hädicke
Bauklempnerei
Be- und Entwässerung / Sanitäre Anlagen
SW 48, Friedrichstr. 24 TELEPHON Dönhof 9572

Dachpappen-Verkauf etc
zu billigsten Fabrikpreisen
Theodor Seibel
Dachdeckermeister, Leiterrüstungen
Berlin-Marlendorf
Frühstraße 26 / Tel. 56dring 1312

Ernst Schüler
Berlin SW, Lindenstr. 11/12
Elektrische Anlagen jeder Art
auch in 10 Monatsraten

Otto Schubert
Neukölln
Bergstraße 155
Optik / Bandagen
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Städtische Bestattungsinstitute in Berlin
Lichtenberg: Möllendorfstraße 14. E 5 Lichtenberg 1051.
Neukölln: Anzengruberstraße 23. F 2 Neukölln 2267.
Niederschöneweide: Grünauer Str. 2 (a. Bf.). F 3 Oberspr. 1808.
Reinickendorf: Graf-Röders-Allee 189. D 9 Rei. 0740.
Erd- u. Feuerbestattungen zu behördlich festgesetzten Preisen.
Kostenlose Erledigung aller Formalitäten.

Brillen-Dase
Weddingplatz, Müllerstraße 174
Prenzlauer Allee 204

Verlange in
Harzkäse
Garbolzum ist das Beste!
„M. S. tadellos!“

Wäsche nach Gewicht
Leihwäsche
Dampfwascherei Merkur, Berlin O 112
Frankfurter Allee 307 Fernspr.: Andreas 2820
Inh. Aug. Bachmann Mitgl. d. SPD.

Urnen und Grabdenkmäler
Genossen: Unterstützt eure eigenen Betriebe! Deckt Euren Bedarf an Urnen u. Grabdenkmälern nur in d. Gemeinnützige G. m. b. H., Bauerschulweg, Steinmetzhütte, Kiefernstr., gegenüber dem Krematorium. Tel.: F 3, Oberspre 1685. Lieferung nach allen Friedhöfen in Groß-Berlin. Bitte auf die Firma sehen. Sonstige gefälligst. **Gerichtstr. 46**, gegenüber Kramat. **Jetzt auch: Seestr. 59**, gegenüber Urnenfriedhof

C. Kartseil, Wäsche-Verleih
Tel.: Moritzpl. F. 1, 0918. S 42, Fürstenstr 20
Wäsche aller Art 1209
Gute Beschaffenheit, kulante Bedingungen!

Bruno Fleischer
Bandagist
Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 98 a
(Nabe Brücken-, Neanderstraße)
Werkstatt für Kunstleder, Leibbinden, Bruchbänder, Plattfüßeinlagen, Krampfladerstrümpfe.
Lieferant der Krankenkassen Berlins u. Umgegend
Im Damenfach: Frau Fleischer

Achtung! Achtung!
Biochemie
Dr. med. Schöblers giftfreie Heilweise in Groß-Berlin, vertreten durch den Biochemischen Verein Groß-Berlin e. V., Geschäftsstelle Berlin C. 2, Neue Promenade 2. Fernsprecher: D. 1, Norden 0383.
17 000 Mitglieder
Aufnahmegebühr 1.- Mk., Monatsbeitrag 0.70 Mk. einschl. Todesfall-Unterstützung 60 Beratungsstellen in Groß-Berlin. Institut für Licht- und physikalische Behandlung, Höhensonne, Massagen usw. Man fordere Prospekt durch unsere Geschäftsstelle.
Denkt an die Notverordnung

VOLCK & GNÄDIG
Reparatur-Werkstatt
mit eigener Schweißanlage für graph. Maschinen, Rotations-, Tiefdruck- und Offsetmaschinen
Umzüge kompletter Druckereien
Berlin SW 61, Gitschiner Str. 15
Tel.: F 1, Mpl. 3677. — Nachtruf: G 5, Südring 323 un. 2341 F 2, Neukölln 4659.

Karl Zacher
In- u. ausländische Südfrüchte
Dirksenstraße 48/49
Eulerstraße 1
Telephon: Weidendamm 2 0255
Humboldt 4 2334

Karl Liepe, Malermeister
Bin.-Tegel, Egidystr. 19a (Freie Scholle)
Telephon: Tegel 688
Ausführung sämtl. Malerarbeiten sowie Tapezieren von Zimmern

Buchdruckerei Richter G. m. b. H.
Bin.-Charlottenburg 5
Sophia-Charlotte-Strasse 15
An Bahnh. Westend / C 4, Wils. 3275-26

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und billig!

„Vorwärts“-Leser, kauft bei unseren Inserenten!

Medicus:

Neue Forschungen über den Krebs

Die Zahl der Sterbefälle an Krebs übersteigt in Berlin und wohl auch anderwärts bereits vielfach die Zahl der Tuberkulose-

Veränderungen des Fermentverhaltens beim Krebs. Sie glauben, solche Veränderungen im Urin gefunden zu haben. Es ließ sich nämlich zeigen, daß der Urin bei Kranken mit unbehandeltem Krebs

Die Frühdiagnose des Krebses ist aber deswegen im Augenblick von der größten Wichtigkeit, weil der Patient mit Hilfe von Operation, Röntgen- oder Radiumbestrahlung um so eher und sicherer

Dr. Erich Dautert:

Unter Segeln im Süd-Atlantik

Ueber Buenos-Aires steht die Februarsonne hoch am wolkenlosen Himmel. Das lehmgelbe Wasser des breiten La-Plata-

Im äußersten Winkel des Hafens, neben einigen alten Bracks, die zum Abbruch bestimmt sind, liegt ein großes Segelschiff. Es ist eins der ältesten Segelschiffe der Welt, die zur Zeit noch in Betrieb sind.

Diesem alten Segelschiff müssen wir uns anvertrauen, um nach Süd-Georgien zu gelangen. Es ist das einzige Schiff, das zwischen Buenos-Aires und Süd-Georgien eine Verbindung herstellt,

Wir begeben uns an Bord, denn am Nachmittag geht die Reise bereits los. Die Schleppmotor bugtieren uns aus dem Hafen, und dann schiebt der Hilfsmotor unseren alten Taufenkonnessegler

krebserzeugenden Stoffe oder Krebszellen zur Bildung der Tochtergeschwülste kommt, die den Krebs zur Allgemeinerkrankung des ganzen Körpers und damit natürlich zu einer schwerer zu behandelnden

Es ist bei dieser mangelhaften Kenntnis der zum Krebs disponierenden Ursachen kein Wunder, daß alle Methoden zur Krebsverhütung auf diesem Wege sich bisher als Irrtümer erwiesen haben.

Der diesjährige medizinische Nobelpreisträger Warburg hatte bei seinen Fermentstudien über Atmung und Gärung festgestellt, daß die Krebszellen nicht wie die anderen Zellen des Körpers ihren Energiebedarf durch Sauerstoffaufnahme (Oxydation), sondern etwa wie eine Hefezelle durch Vergärung von Zucker, auch bei Sauerstoffzufuhr decken.

In mehrjährigen Versuchen am Berliner Krebsinstitut der Charité ist es nun Professor Ernst Fränkel gelungen, bei einer Geschwulst des Huhns aus dem Krebsgewebe mit physikalisch-chemischen Methoden verschiedener Art einwirkende Extrakte zu gewinnen, mit denen bei gefundenen Hühnern die gleiche Geschwulst an der Impfstelle erzeugt werden konnte.

Professor Fränkel und seine Mitarbeiter haben nun versucht, diese geänderten Auffassungen vom Wesen der Krebskrankheit für die Erkennung des Krebses verwertbar zu machen, und suchen deshalb in Körperflüssigkeiten, wie Blut oder Urin, nach

Wir sitzen unten bei dem Kapitän in der Kabine und warten auf das Abendessen. Scheinbar überflüssigerweise ist ein Gedeck zuviel aufgelegt, denn als wir uns zu Tisch setzen, bleibt ein Stuhl leer.

Der Kabautermann ist der sagenhafte, unsichtbare Schuttpatron, der auf allen ordentlichen alten Schiffen zu Gast geladen wird. Den kleinen Kobold hat noch kein Mensch erblickt, aber die alten Seeleute behaupten, daß man sich während der Reise oft von seiner Gegenwart überzeugen kann.

Auf den modernen Dampfern hat man den Kabautermann vergessen, aber auf den alten Segelschiffen glaubt man noch heute an den alten Kobold und stellt ihm ein Gedeck bereit, um ihn als Gast auf dem Schiff zu haben.

A. Knoll:

Ein paar Minuten Mittelalter

In den Strafgesetzen der frühmittelalterlichen Staaten der Franken, Alemannen, Friesen u. a. war eine Bestimmung über Körperverletzung enthalten, die fast übereinstimmend so lautet:

Wenn jemand einen Schlag gegen den Kopf oder einen anderen Körperteil erhalten hat, derart, daß ein aus der Wunde losgelöstes Knochenstück einen Schild zum Tönen bringt, wenn es über eine zwölf Fuß breite Straße da-

Das muß allem Anschein nach ein ziemlich handfestes Geschlecht gemeint sein — oder aber die Bestimmung hatte den Zweck, Prozesse über Körperverletzung soviel wie möglich zu verhindern.

Ueber die Freilassung von Sklaven bestimmte das „Gesetzbuch von Pavia“, das war die Gesetzsammlung der Langobarden, folgendes:

Wer seinen ihm als Eigentum gehörigen Sklaven oder seine Frau freilassen will, dem soll das nach seinem Belieben freistehen. Wer ihn frei oder freizügig erkläre, also völlig aus seiner Schutzherrschaft (Vormundschaft) entlassen will, der soll wie folgt verfahren: Er soll ihn zunächst einem anderen freien Manne überantworten und diesen zum Bürgen bestellen.

Nach dem Allgemeinen Landfrieden vom Jahre 1156 hatte ein zu Pferde oder mit Wagen Reisender im Notfall das Recht, von dem am Wege wachsenden Getreide mit seinem Schwert soviel zu schneiden, als er, „im Wege stehend“, mit seinen Händen erreichen konnte.

Ueber eine Bannmeile (Freizone) für jagdbares Wild und den Begriff solcher Bannmeile finden wir in den „Monumenta boica“ (Bayerische Geschichtsdarstellungen) die nachstehende, im Erzbistum Würzburg gültig gewesene Bestimmung vom Jahre 1326:

Es sol auch nyman feyn wilt iogen in sinem ingange und in sinem usgange des selben wuldes in der banngyle

und daz ist eynes hornes geschelle, eynes hundes gebelle, eynes hamers wuerf und eynes schalkes furtz.

Im Jahre 1353 erfolgte eine neue Fassung, die zugleich eine bessere Definition darstellt, ohne jedoch an der Urwüchsigkeit etwas zu ändern. Jetzt hieß es:

Es hat auch daz wilt daz recht (Recht), daz ez an sinem ingange und sinem usgange sol haben (ruhe) (Frieden) eyn banngyle.

daz ist eyn hoern schal, eyn hund bal, eynes hamers wuerf und eynes schalkes fuerz.

Aus diesem Wortlaut ergibt sich, daß sich die Befehle der damaligen Zeit recht deutlich und dem Volke verständlicher ausgedrückt haben, als das heute der Fall ist, wo selbst Juristen oft genug Mühe haben, das sogenannte Juristendeutsch zu verstehen.

Im „Liv-, Esth- und Kurländischen Urkundenbuch“ befindet sich eine recht anschauliche Charakteristik deutscher und außerdeutscher ehemaliger Hansestädte, die um das Jahr 1500 herum aufgezeichnet worden ist:

- Lübeck ein Kaufhaus, Rön ein Warenhaus, Danzig ein Kornhaus, Hamburg ein Brauhaus, Magdeburg ein Badhaus, Rostock ein Malzhaus, Lüneburg ein Salzhaus, Stettin ein Fischhaus, Halberstadt ein Frauenhaus, Riga ein Hanf- und Butterhaus, Reval ein Wachs- und Flachshaus, Wisby ein Pech- und Teerhaus.

Zu der Charakterisierung von Halberstadt als „Frauenhaus“ ist zu sagen, daß diese um so sonderbarer anmutet, als Halberstadt in dieser Zeit Bischofssitz gewesen ist. Aber freilich sind die Halberstädter Bischöfe mehr Streit- und Kampfhähne als fromme Tugendwächter gewesen. Vielleicht liegt darin der sehr seltene Widerspruch begründet, abgesehen davon, daß die meisten Kirchenfürsten des Mittelalters nicht allzu prüde hinsichtlich Wein, Weib und Gesang gewesen sind.

Die großen Eishockeykämpfe am Sonnabend und Sonntag im Sportpalast

Die kanadische Eishockey-Auswahlmannschaft von Ottawa, die am Sonnabend unter den unglücklichsten Umständen gegen die außerordentlich starke Pariser Mannschaft ein Unentschieden erreichte, wird ihren eigentlichen Aufgänger für die Spiele in Europa am Dienstag in Paris erleben. Die Kanadier hatten eine sehr schlechte Überfahrt hinter sich, mußten von Spanien aus den Landweg nehmen und hatten nur wenige Stunden Zeit, sich mit den Pariser Verhältnissen vertraut zu machen. Unter diesen Umständen war ihr Abschneiden gegen die im Pariser Eispalast und auf die dortigen Eisverhältnisse eingespielte gegnerische Mannschaft entschuldbar.

Für die Berliner Spiele am Sonnabend und Sonntag im Sportpalast dürfte dagegen das am Dienstag in Paris stattfindende Weltspiel Europa gegen Kanada ganz besonders wertvoll sein, werden doch drei Vertreter des Berliner Schlittschuh-Clubs in dem Europa-Team mitwirken und so Gelegenheit haben, sich bereits vor der offiziellen Begegnung der deutschen Mannschaft mit den Kanadiern auf Technik und Taktik der Gäste aus Übersee einzustellen. Im Tor des Europa-Team steht G. Ball, eine ganz besondere Auszeichnung für den Berliner. Im Sturm wirken G. Jänede und Rudi Ball mit. Das Berliner Torwart hat sich bereits auf die Reise nach Paris begeben. In Berlin werden die Gegner abwechselnd eine deutsche Auswahlmannschaft, der Berliner Schlittschuh-Club, sowie eine Berliner Verbandsmannschaft und eine kombinierte deutsche Mannschaft sein.

Am Sonnabend spielen Kanada gegen die deutsche National-

mannschaft, sowie die Tschechen gegen die Berliner Verbandsmannschaft, in der auch die Internationalen des Berliner Schlittschuh-Clubs, die in der deutschen Mannschaft nicht spielberechtigt sind, mitwirken. Der Sonntag bringt dann das Spiel des Berliner Schlittschuh-Clubs, diesmal mit seinen Internationalen gegen Kanada, und die Begegnung zwischen den Tschechen und einer kombinierten deutschen Mannschaft, die sich aus Spielern des Berliner Verbandes und den am ersten Tage in der Nationalmannschaft mitwirkenden Spielern aus dem Reich zusammensetzt.

Eislaufplatz für das Publikum. Morgen, Mittwoch, nimmt der Sportpalast seine Eislaufbahn wieder auf. Bis auf Widerruf ist die Eisbahn täglich von 11 Uhr vormittags bis 11 Uhr nachts zum Eislaufbetrieb für das Publikum freigegeben. Eintritt 1 M., Schüler 50 Pf.

Skandal beim Eishockeyspiel in Wien. Einen üblen Beigeschmack erhielt der Reananchekampf zwischen den Eishockeymannschaften des T.C. Prag und des S.C. Böhleinsdorf, den die Prager in Wien mit 2:1 (0:0, 2:1, 0:0) für sich entscheiden konnten. Ohne ersichtlichen Grund schlug der Prager Hromadka den Wiener Tager mit dem Schlag über den Kopf, und zwar so heftig, daß Tager vom Platze getragen werden mußte. Daraus brach der Schiedsrichter sofort das Spiel ab. Unter polizeilichem Schutz verließen die Prager den Kampfbau. Hromadka wird beim Internationalen Eislaufverband zur Befragung angezeigt werden.

flügel durch den Luftschraubenstrahl in Gang gesetzt; das nahm vor dem Start verhältnismäßig viel Zeit in Anspruch. Mit dem Selbststarter wird der Drehflügel in einer halben Minute vom Motor aus in Gang gesetzt, wobei sich der Starter nach Erreichen der notwendigen Drehzahl von selbst austupelt. Hinsichtlich Geschwindigkeit und Steigleistung wird das erste in Deutschland gebaute Autogiro etwa den Leistungen eines neuzeitlichen Sportflugzeuges gleicher Motorleistung entsprechen: Bei einem normalen Fluggewicht von 612 Kilogramm beträgt die Höchstgeschwindigkeit 163 Stundenkilometer, die horizontale Mindestgeschwindigkeit ohne Höhenverlust nur 35 Stundenkilometer, die Anfangssteiggeschwindigkeit 222 Meter-Minuten und die senkrechte Sinkgeschwindigkeit bei 40 Grad Gleitwinkel 3,8 Meter-Sekunden.

Franz Dederichs, der bekannte Kölner Dauerfahrer, hat als Ersatz für seinen im Sommer verstorbenen Schrittmacher Ceurremans den früheren Stundenweltrekordmann Leon Wanderstufj verpflichtet.

Bundesfreie Vereine teilen mit:

Freie Rubens-Vereinigung 1913. Sitzung Freitag, 11. Dezember, 20 Uhr, Torstr. 17, Hochbahnhof Schieflesches Tor. Rubensabend jeden Dienstag, 20 Uhr, Realgymnasium Trepptom, Reus Krugallee 14-18. Mitglieder werden aufgenommen.

FSV, Rohn-Bezirk. 10. Dezember Mitgliederversammlung im „Feldener“, Feldenerstraße. Vortrag, Freitag, 11. Dezember, 20 Uhr, Rubensabend, Boersmalstraße. — Rubens-Bezirk. Donnerstag, 10. Dezember, 20 Uhr, Torstr. 17, Hochbahnhof Schieflesches Tor. Jeden Freitag 19 Uhr Übungsabend, Realgymnasium Trepptom, Rathaus. Mitglieder werden noch aufgenommen.

Freie Sportverein Reinkenber-Bezirk. Mitgliederversammlung 10. Dezember, 20 Uhr, Kollhaus, Schwanenbergr. 11. Vortrag: „Die sportpolitische Lage der Arbeiterpostbewegung“. Referent Adolf Paul. Das Turnen fällt an diesem Tage aus.

Der SV. Regit 22 hat am 7. Dezember beschlossen, sich der Schwimmabteilung des VSB. Schöneberg-Friedman 67 anzuschließen. Damit geht der technische Betrieb an den VSB. über. Vorstand: Paul Smetz, W. 37, Hochstr. 17; Kassierer: Rudi Krüger, Schöneberg, Rohburger Str. 4; Schlichter: Hans Jacobs, Schöneberg, Tempelhofer Str. 18, Kelenhof; Stephan 4119. Der Abendabend im Stadthaus Dammstraße 118 bis 120, 20 Uhr befehlen.

Senio-Rat Groß-Berlin, t. A., Förderabteilung, Freitag, 11. Dezember, 20 Uhr, Mitgliederversammlung, Kriegsstraße 11, Glöcker Str. 86-88. Rubensverein Collegia. Freitag, 11. Dezember, 20 Uhr, Vortrag: „Erziehung zur Gemeinschaft“. Sonnabend, 20 Uhr, Rubensabend. Sonntag, 12. Dezember, 10 Uhr, Handballspiel gegen Freie Schwimmverein Falkensee. Sportstätte: Unterfeldung bei Frau Dr. Bergmann; Wimmer; Freitag, 11. Dezember; Frauen: Montag, 14. Dezember, ab 17 Uhr. Eimerbälle schon um 16 Uhr.



Mittwoch, 9. Dezember.
Berlin.

- 16.05 Aktuelle Abteilung.
 - 16.30 Musik zu Komödien. Neues Bach-Orchester.
 - 17.30 Doktor Ueberall erzählt.
 - 17.50 Bücherstunde. (Am Mikrophon: Charlotte Ursinna.)
 - 18.00 A. d. Nora Heit „Erinnerungen“.
 - 18.30 Valeriu Marica: Die Straße gebiert die Armeen.
 - 19.00 Stimme zum Tag.
 - 19.10 Mitteilungen des Arbeitsamtes.
 - 19.15 Mandolinenorchester-Konzert.
 - 20.30 Tages- und Sportnachrichten.
 - 20.40 „Die ersten Menschen“ Oper in zwei Aufzügen. Von Rudl Stephan. Berliner Pankorchester. Dirig.: Hermann Scherchen.
 - 22.10 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Tanzmusik.
- Königsweiserhäusern.
- 16.00 Magistratschulrat Dr. Fr. Puzel: Vom neuen Rechenunterricht.
 - 16.30 Hamburg: Konzert.
 - 17.30 Oskafische Negerlieder. (Dr. Siegfried Nadel, Ludwig Kuckuck, Gesang.)
 - 18.00 Dr. Oscar Goete: Theater und Konsument.
 - 18.30 Prof. Dr. Aug. Müller: Krisenbekämpfung einst und jetzt.
 - 18.55 Wetter für die Landwirtschaft.
 - 19.00 Direktor Dr. H. Lenz: Wirtschaftskrise und Kaufkraft der Beamten.
 - 19.30 Hamburg: Heiterer Abend.
 - 21.10 Hamburg: „Die schwarze Galeere“.

Unsere Olympiade

war ein Fest der Massenorganisation

Die Ausschüsse zur Durchführung des 2. Arbeiterolympias der Sozialistischen Arbeiterparteiinternationale haben die Schlussberichte über das im Juli in Wien stattgefundene Weltfest fertiggestellt. Trotz der Wirtschaftskrise hat das 2. Arbeiterolympia eine Beteiligung aus den Verbänden der Internationale aufgewiesen, die auch die größten Hoffnungen übertraf.

In 18 Staaten gehören der IUSA 23 Verbände an, und aus 20 Staaten haben 25 Arbeitersportverbände am Olympia teilgenommen. Als vielbejubelte Gäste beteiligten sich Vertreter der Verbände aus Norwegen und Bulgarien an dem Weltfest.

Die Gesamtteilnehmerzahl der durch die Verbände gemeldeten Mitglieder, für die durch die Verbände der Festbeitrag entrichtet wurde, betrug genau 77 167.

Sinzu kommen noch die am Festsonnabend und -Sonntag auf Tagesabzeichen teilnehmenden österreichischen Verbandsmitglieder aus Wien und der näheren Provinz, so daß der riesige Festzug mit seinen 90 000 bis 100 000 zum untrüglichen Beweis für die Sozialistische Arbeitersportinternationale als Massenorganisation und für die Tatkraft ihrer Mitglieder wurde. Die offizielle Teilnehmerstatistik enthält die Verbände folgender Länder und die Zahlen ihrer Olympiateilnehmer: Amerika 6, Belgien 316, Dänemark 79, Deutschland 29 783, England 186, Estland 63, Finnland 175, Frankreich 102, Holland 88, Jugoslawien 112, Lettland 347, Letzland 138, Polen (4 Verbände) 704, Rumänien 107, Schweiz 472, Rußig 2961, Prag 3774, USA, Radfahrer 111, Ungarn 429, Bulgarien 88, Norwegen 51, Oesterreich 37 097, insgesamt also 77 167.

Das soll eine bürgerliche Olympiade, ob sie nun in Amsterdam, Los Angeles, Japan, Rußland oder in Bosnien stattfindet, nachmachen!

Die Wahrheit über Dempsey

Er ist erledigt!

Die Wahrscheinlichkeit, daß Erweitmelster Jack Dempsey wieder in den Kampfring zurückkehrt, wird immer geringer. Es sind im Laufe der letzten Wochen Dinge bekannt geworden, die Dempseys Aussichten im Kampf mit einem seriösen Gegner als recht schwach erscheinen lassen. Viele Zuschauer, die ihn bei seinen Schaukämpfen gesehen haben, stellen fest, daß von seiner vielgerühmten Schlagkraft nicht mehr viel vorhanden ist, und daß er mit seinen Schlägen nicht mehr viel Schaden anrichten kann.

Dagegen wäre es beklagenswert zu sehen, wenn Dempsey selbst von einem seiner Gegner hart getroffen wird. Der ehemalige Weltmeister aller Kategorien macht den Eindruck eines vollkommenen jetzigen Mannes und seine Freunde geben ihm den Rat, sich einer blamablen Niederlage erst gar nicht auszusetzen, die ihm von jedem zweifelhafte Schwergewichtler zuteil werden würde, wenn ihm schon Bier- und Fünftklasser das Äußerste abverlangt. Dempsey selbst gibt auch zu, daß seine körperlichen Qualitäten nicht mehr genügen werden, um im Kampfring erfolgreich zu sein.

Anders konnte es auch nicht kommen bei einem Mann, der durch Wohlleben und Luxus verweichlicht, plötzlich wieder harte Arbeit verrichten und harten Kampf liefern soll. Mit Jacobs Träumen von einem Kampf Dempsey-Schmeling dürfte es hiernach wohl aus sein; unverantwortlich ist aber, wenn von sonst ernstgenommenen Blättern behauptet wird, der Kampf Schmeling-Dempsey kommt. Er wird nicht kommen; und wenn er doch kommen sollte, wäre es die größte Farce aller Zeiten.

Kreuzberg sorgt für den Wintersport

Im Verwaltungsbezirk Kreuzberg wird, wie alljährlich, in diesem Winter ein Teil der Wege innerhalb der öffentlichen Anlagen sowie ein Teil der Promenaden zur Ausübung des Wintersports für Kinder freigegeben, soweit der Fußgängerverkehr dadurch nicht behindert wird. Diese Wege werden bei Schnee und Glätte nicht mit abstumpfendem Material bestreut; sie sind besonders gekennzeichnet und für den Fußgängerverkehr gesperrt. Wer diese für den Verkehr nicht unbedingt notwendigen Wege trotzdem begeht, tut dies auf eigene Gefahr. Im Viktoriapark sind sämtliche Wege freigegeben, soweit sie sich zur Ausübung des Wintersports eignen. Ferner sind für diesen Zweck vorgesehen: Die Promenaden in der Gneissaustraße, Nordstraße, Hornstraße, Grimmstraße, Severnstraße, Baerwaldstraße, Belle-Alliance-Straße mit Ausnahme der Strecke zwischen Baruther und Nordstraße, sowie die Fontanepromenade und die folgenden Plätze: Belle-Alliance-Platz mit Ausnahme des Durchgangsweges im Zuge der Friedrichstraße, Platz am Urban, Mariannenplatz, Boussierplatz, Hohenshausenplatz und Badeparth. Fußgänger werden zur Vermeidung von Unglücksfällen vor dem Betreten dieser Wege und Plätze bei Schnee und Glätte gewarnt. Die Benutzung der Rodelbahnen geschieht auf eigene Gefahr, die Stadt lehnt jede Haftpflicht ab.

Deutsches Windmühlenflugzeug

Focke-Wulf baut ein Lizenz-Autogiro

Das Windmühlenflugzeug des Spaniers De La Cierda, das in der letzten Zeit in England, Frankreich und besonders in den Vereinigten Staaten von Nordamerika großen Anklang gefunden hat, wird nunmehr erstmalig auch in Deutschland gebaut. Die Herstellung dieses Flugzeuges nach Lizenzen der englischen Cierda Autogiro Co. hat die Focke-Wulf-Flugzeugbau-A.G. in Bremen übernommen.

Das erste „Autogiro“, das in Deutschland gebaut wird, ist eines der neuesten und leistungsfähigsten Baumuster (Typ C 19) seiner Art. Es stellt ein zweiflügeliges Sportflugzeug mit 100-PS-Siemens-Motor dar und ist technisch vor allem durch einen dreiflügeligen Drehflügel und einem Selbststarter gekennzeichnet. Der Drehflügel ist ungespannt und freitragend und kann nach der Landung innerhalb 2 Minuten zusammengeklappt werden, so daß das Flugzeug leicht untergestellt werden kann. Der Selbststarter ist eine wichtige Neuerung. Bei den früher gebauten Autogiros wurde der Dreh-

Der Arbeiter-Rettungsdienst

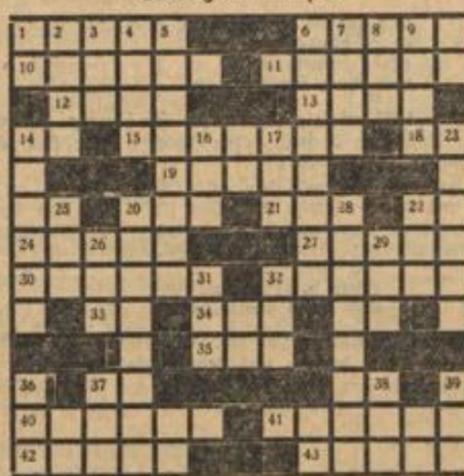
hat 367 Menschen gerettet

Der Wasserrettungsdienst des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes hat auch im Sommer 1931 wieder außerordentliche Erfolge beim Kampf gegen den Ertrinkungstod zu verzeichnen. Aus Kreis Sachsen 65 Rettungen mit, 8 ohne Erfolg, Rheinland-Westfalen 142: 8, Nordbayern 65: 1, Hessen 42: 2, Südbayern 53: 3, zusammen 367 mit Erfolg, 18 ohne Erfolg.

Im Jahre 1930 wurden von denselben 5 Kreisen 479 erfolgreiche Lebensrettungen ausgeführt. Insgesamt konnten 1930 von allen 19 Kreisen 1081 Menschenleben gerettet werden. Der Arbeiter-Wasserrettungsdienst hat trotz der schweren Zeit seine ideale Arbeit in hervorragender Weise durchgeführt.

Rätsel-Ecke des „Abend“

Kreuzworträtsel.



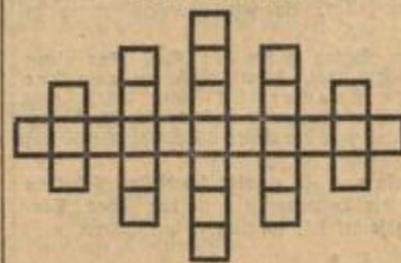
Waagrecht: 1. Verkehrs-gesellschaft (ehem. Bezeichnung); 6. Schauspiel von Goethe; 10. Kachegottinnen; 11. Gallensäure; 12. japan. Godmünze; 13. Mailänder Getreidemais; 15. Zuckerfakt; 18. japan. Brettspiel; 19. Dramengestalt Shakespeares; 20. Artikel; 21. weibl. Vorname; 24. gefühlsmäßig; 27. nordische Göttin; 30. Schmuckstück; 32. türk. Waffentod; 33. Anrede; 34. Vorfahr; 35. Temperaturgrad; 37. Ausruf; 40. soviel wie gut; 41. Stadt in Frankreich; 42. Trinkspruch; 43. Vorhang (j = l bei 32 waagrecht).
— **Senkrecht:** 1. Verhältniswort; 2. Wasserfahrzeug; 3. Ort in Baden; 4. Reich in Hinterindien; 5. Charge (Mehrzahl); 6. röm. Göttin; 7. Heilpflanze; 8. Stadt in Württemberg; 9. rechter Nebenfluß des Rheins; 14. weibl. Vorname; 16. Schicksal; 17. Gewässer; 20. Beiname der Artemis; 22. weibl. Vorname; 23. Vertrauensmann; 25. rumän. Münze; 26. halbägyptische Glücksgottheit; 28. Berggordner; 29. Figur aus Nibelungen; 31. Zeichen; 32. Rinderart; 36. Teil des Baumes; 37. Ausruf; 38. japan. Marshell; 39. nordische Gottheit.

Wandelrätsel.

Wie macht der Jäger die Taube zur Beute mit Hilfe von 3 Zwischenwörtern. Es darf jedesmal nur ein Buchstabe ausgetauscht, hinzugesetzt oder weggelassen werden. Die X bezeichnen die Buchstaben, welche verändert werden müssen.

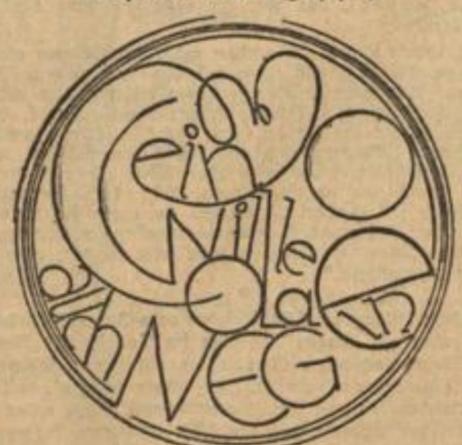
T	A	U	B	E
X
.	.	.	X	.
.	X	.	.	.
B	E	U	T	E

Figurenrätsel



Die Buchstaben a a d d e e e e e e e g i k l m n n n n n o r r s t sind so in die Felder der Figur einzutragen, daß die senkrechten Reihen ergeben: 1. bedrängter Zustand; 2. berühmtes deutsches Kriegsschiff; 3. europäischer Staat; 4. weiblicher Name; 5. Gewässer. Die waagerechte Reihe ergibt dann ein Gebirge in Amerika, gst.

Geheimnisvolle Inschrift



Auflösungen der letzten Rätselle

Uhr-rätsel: 1-3 Me; 2-4 Lei; 4-6 Ida; 6-8 Mi; 7-10 Star; 9-11 Arm; 11-1 Ria.
Treppenrätsel: Senkrecht: Spanien — Waagrecht: 1. S; 2. No; 3. He; 4. Rose; 5. Jinter; 6. Eumuch; 7. Ranking.
Füllrätsel: 1. Andalusien; 2. Mandozinen; 3. Phantasten; 4. Strandkorb; 5. Phantastrop; 6. Wandpaneel; 7. Rückfahne; 8. Unverstand; 9. Pastentran.
Zweiflügelig: Bürde — Hürde.
Verwandlung: Juli — Julius.